

Hälfte der jemenitischen Bevölkerung hungert

28. Juli 2015, 07:42

Oxfam: Situation in nördlicher Region Saada besonders kritisch – Insgesamt leiden 13 Millionen Menschen an Nahrungsmangel – Lebensbedrohliche Lage für über 7,5 Millionen Jemeniten

Sanna/Berlin – Vier Monate nach Ausbruch der Eskalation des Konflikts im Jemen leidet die Hälfte der Bevölkerung nach Einschätzung der Hilfsorganisation Oxfam an Hunger. Die ohnehin hohe Zahl der Hungernden sei seit der Intervention der Militärkoalition unter Führung Saudi-Arabiens gegen die Huthi-Rebellen Ende März täglich um 25.000 gestiegen, erklärte Oxfam am Dienstag.

Inzwischen habe die Zahl der Hungernden 13 Millionen erreicht, die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Laut Oxfam könnte jeder zweite von ihnen verhungern, wenn sich die Versorgungslage nicht entscheidend verbessert.

Lebensbedrohlicher Hunger

Wie die Hilfsorganisation erklärte, leiden damit im dem schwach entwickelten Land im Süden der arabischen Halbinsel so viele Menschen wie noch niemals zuvor unter lebensbedrohlichem Hunger. Verantwortlich dafür seien die anhaltenden Kämpfe zwischen Regierung und Rebellen und die Blockade durch die arabische Militärkoalition. Der Jemen müsse 80 Prozent der benötigten Nahrungsmittel importieren, doch seien seit März nur 20 Prozent ins Land gekommen.

"Im Jemen droht eine humanitäre Katastrophe riesigen Ausmaßes, doch die Kriegsparteien ignorieren alle Aufrufe zur Einstellung der Kämpfe", erklärte der Oxfam-Landesdirektor Philippe Clerc. Selbst wenn die Menschen dem Bomben- und Kugelhagel entkämen, wüssten sie oft nicht, wie sie die nächste Mahlzeit bestreiten sollen. Besonders ernst ist laut Oxfam die Lage in der Hochburg der Huthi-Rebellen in der nördlichen Provinz Saada. UN-Angaben zufolge hungern dort 80 Prozent der Menschen.

Preise in unerschwinglichen Höhen

Laut Oxfam treibt die Nahrungsmittelknappheit die Preise mit Steigerungen von bis zu 274 Prozent in unerschwingliche Höhen. Viele Einwohner hätten seit Monaten kein Einkommen mehr. Oxfams Erhebungen in der Provinz Hajah zeigten, dass viele der durch die Kämpfe vertriebenen Familien gezwungen sind, ihr letztes Vieh weit unter Marktwert zu verkaufen, um Nahrung und andere lebenswichtige Dinge kaufen zu können. Dies sei ein alarmierendes Zeichen.

Indes verurteilten Menschenrechtsaktivisten saudiarabische Luftangriffe im Jemen in der vergangenen Woche als "offensichtliches Kriegsverbrechen". Die Organisation Human Rights Watch (HRW) verlangte am Dienstag eine Untersuchung durch die Vereinten Nationen, wenn die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition dies nicht selber tue. 65 Zivilisten seien bei den Luftangriffen am Freitag getötet worden, darunter zehn Kinder bei Angriffen auf Unterkünfte von Angestellten



foto: reuters/khaled abduallah
Zerstörung nach saudischen Luftangriffen in der Stadt Amran im Nordwesten des Jemen.

eines Elektrizitätswerks in der Hafenstadt Al-Mukha. "Da es unverkennbar kein militärisches Ziel gab, ist dieser Angriff offensichtlich ein Kriegsverbrechen", erklärte Human Rights Watch.

Die schiitischen Huthi-Rebellen hatten im Jänner mit Unterstützung von Teilen der Armee die Hauptstadt Sanaa unter ihre Kontrolle gebracht. Als sie weiter auf die südliche Hafenstadt Aden vorrückten, floh Präsident Abd-Rabbu Mansour Hadi nach Saudi-Arabien und bat um Hilfe. Das Königreich startete daraufhin mit anderen arabischen Staaten Luftangriffe auf die Huthi-Rebellen, um diese zurückzutreiben und Hadi an die Macht zurückzubringen. Zwar haben die Bombardements massive Schäden verursacht, doch wurden die Ziele bisher nicht erreicht. (APA, 28.7.2015)

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.
